

| | |
|---|---|
| Absender SPD-Fraktion | Drucksachen-Nr. 131/2007 |
| | <input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich |
| | <input type="checkbox"/> Nicht öffentlich |
| Antrag | |
| der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼ | zur Sitzung des |
| SPD-Fraktion | Rates am 01.03.2007 |

Tagesordnungspunkt

Antrag der SPD-Fraktion vom 12.02.2007, den Bürgermeister zu beauftragen zu prüfen, unter welchen Bedingungen der Liegenschaftsbetrieb städtische Grundstücke für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung stellen kann

Inhalt:

@->

Der Antrag ist beigelegt.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Der Bürgermeister sieht die im Antrag der SPD-Fraktion dargestellte Entwicklung des Angebotes an mietpreisgebundenen Wohnungen im Stadtgebiet ebenfalls mit großer Besorgnis. Das städtische Instrument zum Bau und zur Verwaltung von günstigen Sozialwohnungen ist die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH. Gleichwohl ist der Engpass an Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau, die auch bezahlbar sind, nicht zu übersehen.

Auf städtischer Seite sind hier die Grundstückswirtschaft, aber auch die Betätigung von Bauleitplanung von Relevanz. Zusätzlich ist die Bearbeitung von Wohnungsbauförderungsanträgen, die für Bergisch Gladbach durch die Kreisverwaltung erfolgt, von Bedeutung.

Die konkrete Frage der Antragstellerin, ob Grundstücke der Stadt zu abgesenkten Preisen zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaues verkauft werden oder aber entsprechend günstige Erbbau-rechte durch die Stadt ausgegeben werden können, sollte im sachlich zuständigen Finanz- und Liegenschaftsausschuss auf der Grundlage einer Vorlage der Verwaltung erörtert werden.

Dem Antrag sollte daher entsprochen werden.

<-@

| Finanzielle Auswirkungen: | |
|---|--|
| 1. Gesamtkosten der Maßnahme: | |
| 2. Jährliche Folgekosten: | |
| 3. Finanzierung: - Eigenanteil: - objektbezogene Einnahmen: | |
| 4. Veranschlagung der Haushaltsmittel: | |
| 5. Haushaltsstelle: - | |